



Quelle: Hamburgische Bürgerschaft

MARTIN WILlich

DAS HAMBURGER RATHAUS ALS SITZ DER BÜRGERSCHAFT

Unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland nimmt Hamburg eine Sonderstellung ein. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist zugleich Stadt und Staat, die älteste noch existierende Stadtrepublik der Welt. Diese Besonderheit bestimmt auch die Verwaltungsstruktur: Staatliche und kommunale Tätigkeiten sind weder funktionell noch organisatorisch getrennt. Zudem verfügt Hamburg über ein eigenes Verfassungsgericht.

URSPRÜNGE DER BÜRGERSCHAFT

Unter dem Namen „Hammaburg“ wurde die Stadt an den drei Flüssen Elbe, Alster und Bille 811 während der Regentschaft Karls des Großen gegründet und erlangte schon im 12. und 13. Jahrhundert durch ihre Nähe zur Nordsee und die Zuteilung von Zollprivilegien den Status eines Handelszentrums von Weltrang. Als eines der ersten und bedeutendsten Mitglieder der mittelalterlichen Handelsvereinigung „Hanse“ wurde die Stadtrepublik nicht von adeligen oder kirchlichen Obrigkeiten, sondern von ihren eigenen Bürgern regiert. Kaiser Friedrich Barbarossa stellte den Hamburgern am 7. Mai 1189 einen Freibrief aus, der ihnen die Zollfreiheit der Schiffe auf der Elbe hin zur Nordsee garantierte. Seitdem wird an diesem Tag der Hamburger Hafengeburtstag gefeiert.

Am Nikolaustag des Jahres 1859 begann dann ein neuer Abschnitt im Verfassungsleben der alten Stadtrepublik: Auf demokratischen Traditionen fußend, markiert die Eröffnungssitzung der gewählten Bürgerschaft den eigentlichen Beginn der Bürgerdemokratie. „Die Augen von Deutschland“, rief der damals 76-jährige Alterspräsident, Reeder Robert Miles Sloman, den Abgeordneten zu, „sind auf uns gerichtet – lassen Sie uns zeigen, dass wir mündig, dass wir fähig sind, unsere Angelegenheiten mit Selbstbeherrschung zu übernehmen, und dass wir unsere bürgerliche Freiheit mit Klugheit und Mäßigkeit zu gebrauchen wissen.“

Dass das in der Geschichte der Hamburger Bürgerschaft nicht immer gelungen ist, wissen wir aus den schmerzlichen Jahren der Diktatur 1933 bis 1945. Allerdings setzte nach dem Zweiten Weltkrieg eine konsequente Aufarbeitung der Verbrechen der Nazi-herrschaft ein. Bewegend war die Aussprache zur Wiedergutmachung für Naziopfer und deren Hinterbliebene, die auf Initiative der CDU in der 9. Sitzung der Bürgerschaft am 23. April 1947 stattfand.

EINE TOLERANTE STADT – OFFEN FÜR NEUE KONSTELLATIONEN

Hamburg rühmt sich, als Stadtrepublik immer eine besonders freie, liberale und tolerante Stadt zu sein – stets offen für neue Ideen. Das Lied des Hamburger Musikers Rolf Zuckowsky „Ich liebe diese Stadt, durch



*Plenarsaal der Hamburgischen Bürgerschaft
Quelle: Daniel Ullrich, Wikipedia, Lizenziert unter CC-by-sa-2.0*

die der Wind der Freiheit weht“ bringt das wunderbar zum Ausdruck. Auch in der Bürgerschaft drückt sich die Liberalität aus. Die Herkunft oder die Religionszugehörigkeit spielen eine untergeordnete Rolle. In dem protestantisch geprägten Umfeld fragt keiner, wo man herkommt, höchstens, wo man wohnt. Als gebürtiger Thüringer habe ich der Hamburger Bürgerschaft in den 1980er Jahren zweimal als Präsident vorsitzen dürfen, das wäre in anderen Bundesländern nur schwer durchzusetzen gewesen. Aber Hamburg lebt die Wirklichkeit der Demokratie – die menschlichen und beruflichen Qualitäten stehen meistens im Vordergrund.

Das offenbarte sich auch, als 1982 die damals neue Gruppierung „Grün-Alternative Liste“ GAL in Hamburg als erstem Bundesland in die Bürgerschaft einzog. Als zum ersten Mal der Fraktionsvorsitzende Thomas Ebermann das Wort ergriff, herrschte gespannte Ruhe im Sitzungssaal des Rathauses. Mit einer Mischung aus Neugierde und Unsicherheit hörten ihm die Abgeordneten der etablierten Parteien zu. Die unorthodoxen Fragestellungen und die nimmermüde Hartnäckigkeit der Neu-Parlamentarier zu allen Themen des politischen Lebens haben die Hamburger Bürgerschaft in Unruhe versetzt. Und doch gleichzeitig demonstriert, dass dieser Ort der Demokratie kein abgeschlossenes Vakuum ist, sondern ein lebendiger Raum, der sich neuen Anforderungen öffnet und stellt.

Bezeichnend ist ebenfalls, dass Hamburg seit März 2008 das erste Bundesland mit schwarz-grüner Koalition auf Landesebene ist. Dabei zeigt sich jetzt, dass die neue Farbenlehre keine persönliche Vorliebe der Christdemokraten rund um Bürgermeister Ole von Beust ausdrückt, sondern ein nachhaltiges, hanseatisches Bündnis sein soll, das aus einer freien und demokratischen Wahl hervorgegangen ist: pragmatisch, ehrlich und tatsächlich offen für neue Konstellationen mit allen daraus resultierenden Entscheidungen. Dies scheinen die Hamburger Bürger und Wähler bei allen Diskussionen um einzelne politische Fragen zu akzeptieren.

NEBENAMTLICHE MANDATSTRÄGER

Dass sich das Hamburger Rathaus als Ort gelebter Demokratie von den Gegebenheiten in anderen Bundesländern unterscheidet, macht sich auch an einer weiteren Besonderheit fest: Bis Ende der 1990er Jahre waren die Abgeordneten ehrenamtlich tätig. Folglich hatte die Bürgerschaft, die aus 121 Abgeordneten besteht, den Status eines Feierabend-Parlaments, dessen Sitzungen frühestens um 16 Uhr begannen – und manchmal bis zum nächsten Morgen dauerten. Das hatte zwar den Nachteil, dass die Anforderungen an die Parlamentarier immens waren, da der Grundsatz galt: „Das Geld wird woanders verdient.“ Gleichzeitig war damit aber der unschätzbare Vorteil verbunden, dass die Abgeordneten finanziell nicht von ihrem Mandat abhängig waren und deshalb über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügten. Auch heute, da das Mandat nebenamtlich ausgeübt wird, gehen ca. 70 Prozent der Abgeordneten einer anderen, regelmäßigen Berufstätigkeit nach. Deshalb sind die Sitzungszeiten weiterhin am Nachmittag, die Ausschüsse beginnen erst um 17 Uhr. Es entspricht

meinem demokratischen Grundverständnis, politische Ämter nur auf Zeit wahrzunehmen. Es schafft eine gesunde Nähe zwischen Wählern und Gewählten und beugt Abgehobenheit vor.

LEITBILD IM GLOBALEN WETTBEWERB

Freiheit, Toleranz und Liberalität müssen auch dann auf der Fahne Hamburgs stehen, wenn uns wie jetzt der Wind des globalen Wettbewerbs kräftig ins Gesicht bläst. Dabei muss sich die Hamburger Bürgerschaft als Ganzes weiterhin an dem Leitbild Hamburgs orientieren, eine wachsende und menschliche Metropole zu sein und zu bleiben. Hamburg und sein Hafen und seine Wirtschaft waren immer attraktive Magneten für Menschen, Ideen und Kapital. Aber auch soziales Engagement gehört hier zur Tradition. Außer dass sie spürbar liberal nicht nur in politischen und religiösen Fragen sind, fühlen sich viele Hamburger der Gemeinnützigkeit verpflichtet. In keiner anderen Region Deutschlands, wenn nicht gar Europas, gibt es so viele Stiftungen wie in Hamburg, die sich um das Wohl von Kindern, Bedürftigen und vielen anderen Gruppen der Gesellschaft, aber auch um den Fortbestand der Kultur bemühen. Das Engagement der Bürger für die Elbphilharmonie als neues Wahrzeichen Hamburgs ist ein lebendiges Beispiel für diesen Einsatz, denn ein erheblicher Teil der Gesamtkosten wird durch private Spenden aufgebracht.



DR. MARTIN WILLICH

geb. 1945, Vorsitzender der Geschäftsführung Studio Hamburg GmbH und mehrmals Präsident der Bürgerschaft.

Menschliche Vernunft geht über politischen Verstand, das war in verschiedenen geschichtlichen Epochen Hamburgs so. Ich bin zuversichtlich, dass die hanseatische Besinnung auf die guten Tugenden des „ehrbaren Kaufmanns“ der Freien und Hansestadt Hamburg auch zukünftig die Geschehnisse der Stadt bestimmen wird – frei nach der Inschrift am Hamburger Rathaus: Libertatem quam peperere maiores digne studeat servare posteritas. – Die Freiheit, die die Vorfahren errungen haben, ist es wert, dass die Nachwelt sich darum bemühe, sie zu erhalten.

Oder, wie der Hanseat sagt: „Alltied goden Wind un gode Fohrt.“

B
H
G
E
R
R
A
U
S